

**Zeugenaufruf**

**Heftiger Streit unter Frauen**

**BALZERS** Am Dienstagabend haben sich drei Frauen in Balzers heftig gestritten: Die Auseinandersetzung begann verbal an der Tankstellenkasse und endete körperlich. Die Landespolizei (Telefon: +423 236 71 11; E-Mail: info@landespolizei.li) sucht nun Zeugen, die Angaben zum Streit - in den eine Verkäuferin und zwei weitere Frauen involviert waren - machen können. (red/lpfl)

**Gemeinde Schellenberg  
Strasse nach Fresch länger gesperrt**

**SHELLENBERG** Die Gemeinde Schellenberg baut an der St.-Georg-Strasse in Zusammenarbeit mit dem Abwasserzweckverband der Gemeinden Liechtensteins eine neue Abwasserleitung sowie ein Regenrückhaltebecken. Deshalb ist die St.-Georg-Strasse ab dem Buswendeplatz (Wirtschaft Löwen) bis zur Landesgrenze ab sofort für den gesamten motorisierten Verkehr gesperrt. Fussgänger können während der ganzen Bauzeit passieren. Fahrradfahrer müssen im Bereich der Baustellen absteigen und das Fahrrad schieben. Die Sperre dauert voraussichtlich bis 23. Dezember. «Die Bauherrschaft ist bemüht, die Bauarbeiten so zügig wie möglich durchzuführen und dankt für Ihr Verständnis», heisst es in der Medienmitteilung. (red/pd)



Sperre dauert voraussichtlich bis 23. Dezember. «Die Bauherrschaft ist bemüht, die Bauarbeiten so zügig wie möglich durchzuführen und dankt für Ihr Verständnis», heisst es in der Medienmitteilung. (red/pd)

**Bei Olma**

**Hat Securitasmann Besucher verletzt?**

**ST. GALLEN** Ein Olma-Besucher wirft einem Securitasmann vor, ihn an der Schulter verletzt zu haben, indem er ihm den Arm heftig am Rücken hochdrückte. Am Mittwoch befasste sich das St. Galler Kantonsgericht mit dem Fall. Das Urteil steht noch aus. Der Securitasmann war vom Kreisgericht freigesprochen worden. Der Kläger war damit jedoch nicht einverstanden und zog den Fall ans Kantonsgericht weiter. Er forderte vom Beschuldigten rund 6400 Franken Schadenersatz und Schmerzensgeld wegen einfacher Körperverletzung. Der Zwischenfall hatte sich an der Olma 2014 ereignet. Der Kläger wollte bei der Schliessung des Areals eine bereits abgesperrte Freitreppe benutzen. Der Securitasmann war dagegen. (sda)

# Medicnova sorgt bei Vorarlberger Krankenhäusern für Frust

**Konkurrenz** Die Privatklinik Medicnova ist bei Vorarlberger Privatpatienten nicht nur wegen seiner Grenznähe beliebt, neu werden auch die Behandlungskosten übernommen. Bei den öffentlichen Krankenhäusern stösst dies auf wenig Gegenliebe.

VON DANIELA FRITZ

Seit März besteht zwischen der Medicnova Privatklinik AG und den österreichischen Privatversicherern ein Vertrag, wonach diese die Behandlungskosten in der Bendner Klinik übernehmen. Als sogenannte Belegärzte können in Vorarlberg niedergelassene Mediziner demnach ihre Privatpatienten in der Medicnova behandeln, die Kosten tragen neu dann - je nach Anbieter und Tarif - die österreichischen Zusatzversicherungen. Der Verband der Versicherungsunternehmen Österreich (VVÖ) verspricht sich von dieser Vereinbarung mehr Service für Patienten und eine Erweiterung des Leistungsangebots, insbesondere für Grenzgänger, wie der Verband auf «Volksblatt»-Anfrage ausführte.

Die Medicnova feiert die Zusammenarbeit ebenfalls als «grossen Erfolg». Gegenwärtig gebe es Verträge mit 15 Belegärzten, wie Wolfgang Mayer, Mitinitiat und Arzt an der Medicnova, gegenüber der Wirtschaftspresseagentur.com (WPA) informierte. Davon betreiben sechs Ärzte aus verschiedenen Bereichen eine Ordination in Vorarlberg. Wie die Bendner Privatklinik im April ausserdem mitteilte, seien nicht nur weitere österreichische Ärzte interessiert an einer künftigen Zusammenarbeit, sondern auch bereits «zahlreiche österreichische Patienten» behandelt worden. «Sehr oft möchte ein Patient einfach von dem Arzt operiert werden, der ihn über die Jahre hinweg behandelt. In einem öffentlichen Krankenhaus etwa in Vorarlberg ist das nur noch äusserst eingeschränkt möglich», erklärte Mayer gegenüber der Wirtschaftspresseagentur die Vorteile des Belegarzt-Systems aus seiner Sicht.

**Wenig Belegärzte in Vorarlberg**

In den öffentlichen Krankenhäusern Österreichs ist man offensichtlich von diesen Vorteilen nicht überzeugt. So hat die Vorarlberger Krankenhaus-Betriebsgesellschaft (KH-BG) nach Informationen der WPA das System des klassischen Belegarztes abgeschafft. Demnach gebe es noch fünf solcher Verträge, die aber auslaufen würden. Die Alternative, dass niedergelassene Mediziner ihre



Seit März werden in der Medicnova die Behandlungskosten für Vorarlberger Privatpatienten von den Zusatzversicherungen übernommen. Das sorgt bei den öffentlichen Spitälern für Kritik an der «Rosinenpickerei». (Foto: Medicnova)

Privatpatienten im Rahmen einer Teilzeitbeschäftigung in den Spitälern operieren können, werde nicht rege genutzt. «Vorarlberg hat hinsichtlich Sonderklasse und Privatpatienten in den Krankenhäusern und in Bezug auf Privatkliniken eine restriktive Politik. Hier wird der Deckel draufgehalten», wird Mayer von der WPA zitiert. «Es ist leider ein Vorarlberger Spezifikum, dass die Angebote für Privatpatienten in Privatkliniken oder in den Krankenhäusern sehr überschaubar sind. Es gibt nur noch ganz wenige Belegärzte in den Krankenhäusern und nur zwei Privatkliniken, die aber primär Unfallchirurgie anbieten», meint auch Markus Stadelmann, Direktor der Uniqua-Vorarlberg, Marktführer bei Krankenzusatzversicherungen, gegenüber der WPA. Dies bewirke ein Abwandern der Privatpatienten in andere österreichische Bundesländer oder das nahe Ausland, was auch finanzielle Konsequenzen für die öffentlichen Krankenhäuser haben dürfte. Stadelmann verweist gegenüber der WPA darauf, dass allein die Uniqua 2016 in

Vorarlberg 41,7 Millionen Euro im Rahmen der Krankenzusatzversicherungen für die Behandlung von Privatpatienten in das Gesundheitssystem einbezahlt habe. Diese Privatversicherten-Gelder könnten gemäss WPA nunmehr allerdings zu einem nicht unwesentlichen Teil nach Liechtenstein abfliessen. Wenn von den langfristig bei Medicnova anvisierten 3000 Operationen pro Jahr nur rund ein Drittel auf Vorarlberger Patienten entfällt, würden den Vorarlberger Krankenhäusern mehrere Millionen Euro an zusätzlichen Einnahmen entgehen.

**«Rosinenpicken»**

Kein Wunder, dass diese Neuigkeiten, aber auch die Anschuldigungen von Mayer und Stadelmann in Vorarlberg auf wenig positive Reaktionen stossen. Die Vorarlberger Landeskrankenhäuser würden über ein «umfassendes medizinisches Angebot auf höchstem Niveau» verfügen und «anerkannte Topmediziner» in den eigenen Reihen zu haben, teilt die KHBG mit. Kein Patient werden in irgendeiner Weise «kurz gehalten», die Leistungen stünden in gleicher Qualität allen zur Verfügung. Eine solch umfassende Betreuung würde eine «kleine Privatklinik» niemals bieten. «Das öffentliche System in Form der Landeskrankenhäuser funktioniert auch deshalb so gut, weil gerade in Vorarlberg, im Gegensatz zu vielen anderen Regionen, keine Privatkliniken in grösserem Umfang ein «Rosinenpicken» betreiben», findet KHBG-Direktor Gerald Fleisch deutliche Worte. Diese würden oftmals aus rein wirtschaftlichen Gründen auf einfache, angenehme und lukrative Eingriffe fokussieren. Sobald eine Diagnose oder Therapie aufwendig, unangenehm oder komplex ist oder Komplikationen auftreten, «besteht die Gefahr, dass die öffentliche Hand und somit der Steuerzahler in die Bresche springen muss». Zudem würden sich viele Privatkliniken über Einnahmen aus Privatversicherungen finanzieren, die dann dem öffentlichen Gesundheitssystem mehrfach fehlen würden. Diese Einnahmen würden in öffentlichen Spitälern nämlich für Infrastruktur und Zusatzentlohnung der Spitzenkräfte verwendet und seien ein massgeblicher Faktor für die Arbeitsmarktattraktivität der Vorarlberger Krankenhäuser. Sie kämen damit allen zugute. Überdies hätten die Landeskrankenhäuser einen Ausbildungsauftrag. Fehlen den öffentlichen Spitälern Eingriffe, würden gleichzeitig auch die Trainingsmöglichkeiten für die Jungmediziner fehlen. Klinikdirektorin Anita Basu wollte sich auf «Volksblatt»-Anfrage zu diesen Vorwürfen nicht äussern.

ten», die Leistungen stünden in gleicher Qualität allen zur Verfügung. Eine solch umfassende Betreuung würde eine «kleine Privatklinik» niemals bieten.

«Das öffentliche System in Form der Landeskrankenhäuser funktioniert auch deshalb so gut, weil gerade in Vorarlberg, im Gegensatz zu vielen anderen Regionen, keine Privatkliniken in grösserem Umfang ein «Rosinenpicken» betreiben», findet KHBG-Direktor Gerald Fleisch deutliche Worte. Diese würden oftmals aus rein wirtschaftlichen Gründen auf einfache, angenehme und lukrative Eingriffe fokussieren. Sobald eine Diagnose oder Therapie aufwendig, unangenehm oder komplex ist oder Komplikationen auftreten, «besteht die Gefahr, dass die öffentliche Hand und somit der Steuerzahler in die Bresche springen muss». Zudem würden sich viele Privatkliniken über Einnahmen aus Privatversicherungen finanzieren, die dann dem öffentlichen Gesundheitssystem mehrfach fehlen würden. Diese Einnahmen würden in öffentlichen Spitälern nämlich für Infrastruktur und Zusatzentlohnung der Spitzenkräfte verwendet und seien ein massgeblicher Faktor für die Arbeitsmarktattraktivität der Vorarlberger Krankenhäuser. Sie kämen damit allen zugute. Überdies hätten die Landeskrankenhäuser einen Ausbildungsauftrag. Fehlen den öffentlichen Spitälern Eingriffe, würden gleichzeitig auch die Trainingsmöglichkeiten für die Jungmediziner fehlen.

Klinikdirektorin Anita Basu wollte sich auf «Volksblatt»-Anfrage zu diesen Vorwürfen nicht äussern.

**Wenig Freude auch in Liechtenstein**

Auch hierzulande wird die Gründung der Medicnova nicht von allen Seiten mit Begeisterung aufgenommen. Die Argumente gegen die Privatklinik tönen ähnlich: Während das Landesspital die Grundversorgung sicherstellen muss, könne sich die Medicnova den lukrativen Eingriffen an Privatpatienten widmen. Gespannt wird daher nicht nur im Landtag darauf gewartet, wie sich die Eröffnung der Bendner Klinik Anfang des Jahres auf das Gebaren des Landesspitals auswirken wird. (sda)

Seite 8

## Neue Radbrücke Vaduz-Buchs: BuA für Verpflichtungskredit

**Agglomerationsprojekt** Die Regierung hat den Bericht und Antrag für die Subventionierung einer Langsamverkehrsbrücke zwischen Vaduz und Buchs verabschiedet.

Im Rahmen der Leistungsvereinbarungen mit dem Verein «Agglomeration Werdenberg - Liechtenstein» arbeitet dieser derzeit unter Mitfinanzierung durch den Schweizer Bund, den Kanton St. Gallen, das Land Liechtenstein, die Stadt Buchs und die Gemeinde Vaduz an der Realisierung einer neuen Rheinbrücke für den Langsamverkehr zwischen

Vaduz und Buchs/Räfis. Der Bau dieser Brücke müsse, damit eine Mitfinanzierung durch den Bund erfolgt, vor Ende 2018 in Angriff genommen werden, erklärt die liechtensteinische Regierung in ihrer Aussen- und Mitfinanzierung des Bundes betrage 35 Prozent der anrechenbaren Investitionskosten. Auf Basis des Ergebnisses des durchgeführten Projektwettbewerbs, welches von Realisierungskosten der Brücke von insgesamt 4,48 Millionen Franken ausgeht, entspricht dies mit heutigem Indexstand einem Bundesbeitrag von 1 098 590 Franken inkl. MwSt. Sowohl der Kanton St. Gallen wie auch die Stadt Buchs und die Gemeinde Vaduz hätten einem solchen Finanzierungsschlüssel zugestimmt und die entsprechenden Finanzmittel zugesprochen.

**1 098 500 Franken Kredit**

Mit dem nun verabschiedeten Bericht und Antrag beantrage die Re-

gierung beim Landtag einen Verpflichtungskredit für die Subventionierung der Langsamverkehrsbrücke in Höhe vom 1 098 500 Franken - analog dem Beitrag des Kantons St. Gallen. Die Gemeinde Vaduz und die Stadt Buchs würden ihrerseits einen Beitrag von jeweils 591 500 Franken leisten. (ikr/red)

**Über das Projekt**

Im Rahmen der Erarbeitung des Agglomerationsprogramms wurden verschiedene mögliche Standorte neuer Rheinbrücken für den Radverkehr evaluiert und primär mit dem Fokus auf den Nutzen für die Berufsspendler verglichen und bewertet. Der Standort in Vaduz - Räfis/ Buchs wies dabei das grösste Potenzial und damit aus Sicht des Bundes auch das beste Kosten-Nutzen-Verhältnis auf. Projektträger der neuen Brücke ist der Verein Agglomeration Werdenberg-Liechtenstein, die Projektleitung obliegt der Stadt Buchs und der Gemeinde Vaduz, welche künftig auch für den Betrieb und Unterhalt dieser Brücke zuständig sein werden.

**Aus der Region**

**Mehr Mittel für den Regionalverkehr**

**BERN** Der regionale Personenverkehr in der Schweiz erhält in den nächsten vier Jahren mehr Bundesgelder als vorgesehen. Nach dem Ständerat hat sich am Mittwoch auch der Nationalrat für eine Aufstockung der Mittel ausgesprochen. Das Geschäft ist damit bereit für die Schlussabstimmungen. Der Bundesrat wollte zwischen 2018 und 2021 rund 3,96 Milliarden Franken für regionale Bahn- und Buslinien ausgeben. Das wären zwei Prozent mehr gewesen als in der aktuellen Periode. Die Räte beschlossen nun, den Verpflichtungskredit um weitere 144 Millionen auf 4,1 Milliarden Franken zu erhöhen. Damit entschieden sie im Sinne der Kantone und der Bahnunternehmen. Die Befürworter der Aufstockung aus den Reihen von CVP, BDP, SP und Grünen hoben die Bedeutung des regionalen Personenverkehrs hervor. Das Angebot müsse ausgebaut werden können, sagte Martin Candinas (CVP) im Namen der Verkehrskommission. Die Nachfrage steige jährlich um vier bis fünf Prozent. Die ungedeckten Kosten lägen bei 880 Millionen Franken, gab Candinas zu bedenken. (sda)

**«Volksmund»**

**Zu schön, zu urchig, um in Vergessenheit zu geraten**

**SCHAAN** Das «Volksblatt» stellt in loser Folge Dialektbegriffe vor, die der jüngeren Generation mitunter bereits nicht mehr geläufig sein dürften. Natürlich greifen wir auch hierbei gerne auf das diesbezüglich breite Wissen unserer Leserschaft zurück. Kritik, Lob und Vorschläge sind willkommen - und erreichen uns unter der folgenden E-Mail-Adresse: redaktion@volksblatt.li. (red)



Gschlaapf

VOLL BEPACKT SEIN

GOHSCH UF D'DEAPONIE? ES ISCH ALBI SO A GSCHLAAPF.

ANZEIGE

Werde aktiv –  
auf bewegt.li

